

Hauptabteilung Politik und Beratung

Berlin, den 1. Juli 2015



PARTEIENMONITOR AKTUELL

Kleine Parteien im Europäischen Parlament

Ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie?

Karsten Grabow

ANSPRECHPARTNER:

Nico Lange
Stellv. Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

+49-30-26996-3594
nico.lange@kas.de

Dr. habil. Karsten Grabow
Hauptabteilung Politik und Beratung
Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

+49-30-26996-3246
karsten.grabow@kas.de

Inhalt

	Zusammenfassung	3
1.	Einleitung	4
2.	Kleine Parteien im Europäischen Parlament: Überblick	7
3.	Aufgaben und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments	10
4.	Fraktionszugehörigkeit der deutschen Kleinparteien	12
5.	Programmatische Schwerpunkte der kleinen Parteien	15
5.1	Freie Wähler	15
5.2	Piratenpartei	16
5.3	Tierschutzpartei	16
5.4	NPD	17
5.5	Familienpartei	18
5.6	ÖDP	18
5.7	Die Partei	19
6.	Parlamentsaktivitäten	20
6.1	Die Abgeordneten im Plenum	20
6.2	Die Abgeordneten in den Ausschüssen	24
7.	Kleine Parteien im Europäischen Parlament: Ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie?	27
	Quellen	32

Zusammenfassung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, für die Europawahl 2014 die zuvor vom Deutschen Bundestag beschlossene Drei-Prozent-Hürde außer Kraft zu setzen und ohne Sperrklausel wählen zu lassen, hat es kleinen Parteien erheblich erleichtert, Sitze im Europäischen Parlament zu erringen. Tatsächlich sind nach den Wahlen 14 deutsche Parteien und damit acht mehr als 2009 ins EP eingezogen. Darunter befinden sich sieben Parteien, die mit Sperrklausel nicht in das EP gekommen wären, nun aber mit jeweils einer bzw. einem Abgeordneten vertreten sind.

Ein Jahr nach der Wahl zieht diese Studie eine Zwischenbilanz der Tätigkeit der Abgeordneten kleiner Parteien und fragt, ob die Art und Weise ihrer Mandatsausübung einen Zugewinn für die parlamentarische Demokratie darstellt. Dazu wurden die Aktivitäten der sieben Abgeordneten im Plenum und in den Ausschüssen des EP untersucht und mit denen der anderen Europaabgeordneten verglichen.

Im Plenum sind die Abgeordneten der sieben kleinen deutschen Parteien unterdurchschnittlich aktiv. Sie nutzen die Chance, die ihnen anvertrauten Stimmen und Interessen im EP zu artikulieren, somit kaum aus. In den Ausschüssen holen sie zumindest partiell etwas auf, aber nur zwei Abgeordnete, Ulrike Müller von den Freien Wählern und Julia Reda von der Piratenpartei, beteiligen sich aktiv und programmtreu an der Arbeit des EP und genießen dort auch parteiübergreifende Anerkennung. Der aktivste Abgeordnete kleiner deutscher Parteien, Udo Voigt von der NPD, kann aufgrund der Inhalte seiner Beiträge und der zugrunde liegenden Ideologie seiner Partei kaum als Gewinn für die Demokratie oder das EP angesehen werden. Ein Abgeordneter, Martin Sonneborn (Die Partei), beteiligt sich nicht an der Arbeit im EP. Die Antwort auf die Frage, ob die Abgeordneten der sieben Kleinparteien einen Gewinn für die Demokratie darstellen, lautet daher „bestenfalls zu einem kleinen Teil“. Der größere Teil der sieben ist es nicht. Dafür sind sie entweder zu passiv oder arbeiten zu weit von dem entfernt, was sie ihren Wählern zuvor angekündigt haben.

1. Einleitung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2014, für die im Mai des selben Jahres stattfindenden Europawahlen auch die erst im Oktober 2013 vom Deutschen Bundestag beschlossene Drei-Prozent-Hürde bei Europawahlen für verfassungswidrig zu erklären und damit außer Kraft zu setzen, hat es kleinen Parteien erheblich erleichtert, Sitze im Europäischen Parlament zu erringen¹. Tatsächlich sind nach den Europawahlen 14 deutsche Parteien und damit acht mehr als 2009 ins Europäische Parlament eingezogen. Darunter befanden sich auch mehrere Kleinparteien, die deutlich unter der ehemals geltenden Fünf-Prozent-Hürde oder unter der zwischenzeitlich geltenden, aber nie angewendeten Drei-Prozent-Grenze geblieben sind, nun aber Abgeordnete nach Straßburg und Brüssel entsenden konnten.

Von Vertretern der kleinen Parteien, die mehrmals gegen die bestehenden Sperrklauseln geklagt hatten, wurde das Karlsruher Urteil entsprechend gefeiert. Die Spitzenkandidatin der Freien Wähler, Ulrike Müller, sprach von einem „bedeutenden Sieg für die europäische Demokratie“, die der Piratenpartei, Julia Reda, von einer „Belebung“ derselben. Der Sprecher der Alternative für Deutschland, Bernd Lucke, betonte – wie wir wissen, zurecht –, dass seine Partei zwar nicht auf die Aufhebung einer wie auch immer gearteten Sperrklausel angewiesen sei, aber er begrüßte die Entscheidung aus „demokratiethoretischen Gründen“ und befand, dass nun auch kleinere Parteien die Möglichkeit hätten, den Wählerwillen zu vertreten. Der Vorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei, Sebastian Frankenberger, sah in dem Urteil eine „Stärkung der Demokratie“. Die NPD sprach von einem „phänomenalen Sieg“².

Die Aufhebung der Sperrklausel hat allerdings keinen generellen Mobilisierungsschub für die kleinen Parteien ausgelöst. Zwar erlebten einige der neu ins Europaparlament gewählten Kleinparteien einen Wählerzustrom. Am deutlichsten fiel er bei der NPD aus, die 2009 nicht antrat und 2014 zahlreiche Stimmen aus dem rechten und Protestmilieu einsammeln konnte. Auch die Piratenpartei hat gegenüber 2009 deutlich zugelegt (ca. 200.000 Stimmen), ebenso Die Partei, die bei ihrem ersten Antritt bei Europawahlen gut 184.000 Stimmen erhalten hat.

¹ Das BVerfG hat damit wiederholten Klagen von mehreren kleineren Parteien, u.a. der NPD, der Ökologisch-Demokratischen Partei, der Freien Wähler und der Piratenpartei sowie von einigen Wissenschaftlern wie dem Verfassungsrechtler Hans-Herbert von Arnim stattgegeben, die meinten, dass jede Sperrklausel einen Verstoß gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und die Chancengleichheit der politischen Parteien darstellen würde. In der Urteilsbegründung betonte das Gericht, dass Sperrklauseln, die das Europäische Parlament vor parteipolitischer Fragmentierung schützen sollten, nicht erforderlich seien, da das Europaparlament nach Mehrheitsauffassung des Verfassungsgerichts auch durch einen möglichen Anstieg der Parteienanzahl nicht in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigt wäre (BVerfG 2014).

² Alle Zitate, ob sinngemäß oder wortwörtlich, nach FAZ (27. Februar 2014: 1).

Die Freien Wähler (-10.000) und besonders die Familienpartei (-50.000) haben hingegen Stimmen eingebüßt³. Die Tierschutzpartei, die zwar gegenüber der Vorwahl leicht zugelegt hat, zeigte sich nach der Wahl enttäuscht: sie hatte auf ein weiteres Mandat gehofft (Die Welt 28.05.2014). Und auch die andere ökologisch ausgerichtete Kleinpartei, die ÖDP, erreichte nur 0,1 Prozentpunkte mehr als 2009.

Tabelle 1 Ergebnis der Europawahl vom 25. Mai 2014 für Deutschland

Partei	Stimmen		Sitze
	Anzahl	%	
CDU/CSU	10.380.101	35,3	34
SPD	8.003.628	27,3	27
B90/Grüne	3.139.274	10,7	11
Die Linke	2.168.455	7,4	7
AfD	2.070.014	7,1	7
FDP	986.841	3,4	3
			Δ 2009 (in %)
Freie Wähler	428.800	1,5	-0,2
Piratenpartei	425.044	1,4	+0,5
Tierschutzpartei*	366.598	1,2	+0,1
NPD**	301.139	1,0	+1,0
Familienpartei	202.803	0,7	-0,3
ÖDP	185.244	0,6	+0,1
Die Partei	184.709	0,6	+0,6

Wahlberechtigte: 61.998.824,

Wahlbeteiligung: 48,1%.

*Der offizielle Name lautet Partei Mensch, Umwelt, Tierschutz, aber unter ihrer Kurzbezeichnung Tierschutzpartei wird sie auch vom Bundeswahlleiter geführt.

** 2009 nicht angetreten,

fett: untersuchte Parteien,

Quellen: Der Bundeswahlleiter (2009, 2014).

Ein Jahr nach der Wahl zieht diese Studie eine erste Zwischenbilanz der Tätigkeit der Abgeordneten kleiner Parteien im Europäischen Parlament⁴. Was können die neuen, kleinen Parteien, die mit lediglich einer oder einem Abgeordneten im Parlament vertreten und zum Teil (Die Partei, NPD) ohne Fraktionsanschluss sind? Sind sie Ausdruck von „mehr“ oder „besserer“ Demokratie? Ist ihre Präsenz im Europäischen Parlament tatsächlich ein Gewinn für das Parlament oder gar für die parlamentarische Demokratie und die darin enthaltene Idee der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen?

³ Eigene Berechnungen nach Der Bundeswahlleiter (2009, 2014).

⁴ Den Untersuchungszeitraum bildet die Zeitspanne von der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments am 1. Juli 2014 bis zur letzten Sitzungswoche im März 2015. Stichtag war hier der 12.03.

Inhaltlich decken die kleinen Parteien ein breites Spektrum ab. Ausgehend von den jeweiligen Europawahlprogrammen reicht es von „links-grün“ (Tierschutzpartei, Piratenpartei) bis über den äußersten rechten Rand hinaus (NPD). Dazwischen liegen inhaltlich indifferente und programmatisch vergleichsweise wenig profilierte Parteien (Familienpartei, ÖDP) und eine wert- und strukturkonservative Interessenvertretung des deutschen Ernährungshandwerks (Freie Wähler), während Die Partei ohne jeden erkennbaren Ernst („Inhalte überwinden“, „Für Europa, gegen Europa“), wohl aber mit offensichtlicher Abneigung gegenüber allen Institutionen und Vertretern der EU angetreten ist. Kritik an den bestehenden Strukturen und Verfahren in der Union sowie an den etablierten demokratischen Parteien, denen die Kleinen vorwerfen, ein Interessenkartell zur Verteidigung ihrer Privilegien gebildet zu haben, ist das einigende Band. Bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit haben sie darauf ihre Kampagnen sowie ihre früheren Klagen gegen Sperrklauseln aufgebaut. Wie wir wissen mit dem Erfolg, dass sie in das Europäische Parlament eingezogen sind und sich die 96 deutschen Stimmen nun auf 14 Parteien verteilen.

Diese Studie untersucht, ob und wie die Abgeordneten der kleinen Parteien ihre Mandate wahrnehmen und ob die Art und Weise der Mandatsausübung den erhofften Zugewinn an demokratischer Qualität darstellt. Nun gibt es zwar keine allgemeingültigen Kriterien für Demokratiequalität, aber die Ernsthaftigkeit der Mandatsausübung kann man prüfen. Dazu wurden zum einen die Aktivitäten der Abgeordneten im Plenum des EP untersucht. Kriterien waren dabei neben der physischen Anwesenheit, Anzahl und Inhalt der Wortmeldungen, die eingebrachten Entschließungsanträge, wobei zwischen selbst initiierten Anträgen und solchen, bei denen sich die Abgeordneten den Anträgen anderer angeschlossen haben, unterschieden wurde, sowie die Anzahl und der Inhalt von Anfragen an die Kommission. Zum anderen sind die Aktivitäten der sieben Abgeordneten in den Ausschüssen, in denen sie als Vollmitglied tätig sind, in die Analyse eingegangen. Quellen der Studie waren die online-Veröffentlichungen des Europäischen Parlaments zu den Aktivitäten seiner Mitglieder sowie sieben leitfadengestützte Interviews mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu den Aktivitäten ihrer neu gewählten Kollegen in den jeweiligen Ausschüssen, die zwischen dem 23. und 26. Februar 2015 in Brüssel durchgeführt wurden⁵. Die Angaben in den Abschnitten 6.1 und 6.2 basieren auf den Plenar- und Ausschussprotokollen des EP. Sie wurden nach den genannten Kriterien durchgesehen. Im Anschluss wurden die Aktivitätsprofile der sieben untersuchten MdEP berechnet und mit denen der anderen Abgeordneten im Europäischen Parlament verglichen.

⁵ Die Interviews führte der Autor gemeinsam mit Theresa Saetzler, die auch die Berechnungen in Abschnitt 6.1 vorgenommen hat. Die Konrad-Adenauer-Stiftung dankt Frau Saetzler an dieser Stelle nochmals sehr für ihren Einsatz.

2. Kleine Parteien im Europäischen Parlament: Überblick

Kleine Parteien sind im Europäischen Parlament keine Seltenheit. Die meisten EU-Mitgliedsländer senden Parteien nach Straßburg und Brüssel, die dort mit nur einem oder einer Abgeordneten vertreten sind. Auffallend ist, dass über alle 28 Mitgliedsstaaten der EU gesehen ein zwar schwacher, aber immerhin negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Sperrklausel und der Anzahl der im Europaparlament vertretenen Parteien besteht (vgl. Tabelle 2)⁶. Sperrklauseln erzeugen zwar keine Parteien. Für die Anzahl von Parteien pro Land im Allgemeinen und im Besonderen die Anzahl der Parteien, denen der Einzug ins Europäische Parlament gelingt, ist eine ganze Reihe von Faktoren verantwortlich, nicht zuletzt die Größe eines Landes und damit verbunden der zum Mandatsgewinn notwendige Stimmenanteil. Dennoch erschweren oder erleichtern Sperrklauseln oder ihre (Nicht-)Anwendung den Zugang in ein Parlament. Genau das hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Mehrheitsurteil zur Abschaffung jeder Sperrklausel bei Europawahlen in Deutschland forciert. Kein anderes Mitgliedsland entsendet heute so viele Parteien in das Europäische Parlament wie die Bundesrepublik.

Als einzig direkt gewähltes Organ der Europäischen Union vertritt das EP die rund 500 Millionen EU-Bürger. Selbst versteht es sich als „die Stimme der Bürgerinnen und Bürger“ (EU-Kommission 2013: 9). Mit seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die Repräsentationsfunktion des Europaparlaments formal gestärkt. Kleine Parteien, die bislang außerhalb des EP eher randständige Themen und Interessen repräsentiert haben, können sich nun auf europäischer Ebene leichter Gehör verschaffen und ihre Anliegen in die Plenardebatten sowie die Ausschussarbeit des Parlaments einbringen. Fundamentale Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments sah das Bundesverfassungsgericht durch den zu erwartenden Einzug kleiner deutscher Parteien nicht, da das politische System der EU anders funktioniert als nationale parlamentarische Regierungssysteme wie z.B. das britische oder eben das deutsche. Hier sei die Bildung stabiler parlamentarischer Mehrheiten für die Wahl und die fortlaufende Unterstützung handlungsfähiger Regierungen nötig. Dies stecke auf europäischer Ebene nach Auffassung einer knappen Mehrheit der Karlsruher Richter noch in den Anfängen, rechtfertige aber keine Sperrklausel zur Verhinderung einer parteipolitischen Zersplitterung des Europäischen Parlaments, so das Gericht.

⁶ Auch wenn der statistische Zusammenhang nicht besonders stark ist, signalisiert der negative Verlauf der Korrelation, dass die Anzahl der Parteien, die pro Land in das EP einziehen, mit fallender Sperrklausel steigt, oder (stark) vereinfacht: Je niedriger die formale Sperrklausel ist, desto mehr Parteien ziehen auch in das Europäische Parlament ein, auch wenn dies natürlich nicht der einzige Grund für die Anzahl von Parteien pro Land im EP ist.

Tabelle 2 Sperrklauseln und Anzahl der Parteien im EP

Land	Sperrklausel ⁷ (r_{Sperr} , Anzahl = -0,24)	Anzahl der EP-Parteien	
			davon Kleine (mit je einem MdEP)
Belgien	--	12	6
Bulgarien	--	5	1
Dänemark	--	7	4
Deutschland	--	14	7
Estland	--	5	4
Finnland	--	7	3
Frankreich	5% pro WK*	6	1
Griechenland	3%	7**	1
Irland	--	5	1
Italien	4%	6**	1
Kroatien	5%	4**	1
Lettland	5%	5	4
Litauen	5%	5	3
Luxemburg	--	4	3
Malta	--	2	--
Niederlande	--	10	1
Österreich	4%	5	1
Polen	5%	5	--
Portugal	--	5	1
Rumänien	5%	5	1
Schweden	4%	9	4
Slowakei	5%	8	5
Slowenien	4%	5	3
Spanien	--	10**	2
Tschechien	5%	6	1
Ungarn	5%	6	2
Vereinigtes Königreich	--	10	5
Zypern	--	4	2

* WK = Wahlkreis.

** mit Listenverbindungen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Korte (2010: 72) und Spiegel online (2014a).

⁷ Neben den offiziellen Sperrklauseln, die jedes Land, wie die übrigen Wahlrechtsbestimmungen auch, selbst festlegt, existieren sog. „informelle Sperrklauseln“. Sie ergeben sich aus dem Stimmenanteil, der notwendig ist, um einen Sitz im EP zu erzielen. Da sich die Sitzanzahl pro Land nach der Größe des jeweiligen Landes richtet, ist der Stimmenanteil zum Erreichen eines Sitzes im EP in kleinen Ländern wie Luxemburg oder Malta höher als in größeren Ländern. Für Deutschland prognostizierte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteilsspruch eine informelle Sperrklausel von „etwa einem Prozent“ (BVerfG 2014: 5). De facto lag sie dann deutlich darunter, nämlich bei 0,6% der abgegebenen Stimmen.

Tatsächlich kam das Urteil gerade zu der Europawahl, in der die Wahlfunktion sowie andere Aufgaben des Europäischen Parlaments durch das zwischenzeitliche Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags gestärkt wurden. Laut EU-Vertrag wählt das Europaparlament den Präsidenten der EU-Kommission mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder (EU 2010, § 17). Das Recht, dem Parlament einen Kandidaten vorzuschlagen, liegt beim Europäischen Rat, also den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. Bei ihrem Vorschlag sollte der Europäische Rat das Ergebnis der vorangegangenen Europawahlen stets berücksichtigen. Die praktizierte Regel war bis 2014 allerdings, dass der Kandidat für das Amt schon aus der europäischen Partei kam, die bei der Wahl am besten abschnitt, vorab aber unbedingt die Zustimmung aller Staats- und Regierungschefs finden musste. Da die europäischen Parteien im Vorfeld der Wahlen 2014 allerdings erstmals eigene Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellten, kam dem Vertragszusatz „ ... dabei berücksichtigt er [der Europäische Rat, KG] das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“ (ebd.) eine ganz neue Bedeutung zu: Der Europäische Rat kam am Wahlergebnis nun keineswegs mehr vorbei.

Die Wahlfunktion des Europäischen Parlaments und damit seine Bedeutung im Machtgefüge der gesamten Union wurden deutlich gestärkt, zumal dem EP durch den Lissabon-Vertrag auch weitere Befugnisse zugebilligt wurden. So hatte es vorher zwar auch schon Mitentscheidungsrechte zum EU-Haushalt, aber der größte Ausgabenbereich, der Agrarhaushalt, war bis 2009 davon ausgenommen. Seit dem 1. Dezember 2009 wird der Agrarsektor in den Gesamthaushalt der Union mit einbezogen. Das Parlament hat damit hinsichtlich der Gesamtausgaben der EU das letzte Wort. Selbstständig erhöhen kann es den Etat aber nicht. Aber auch das ehemalige Mitentscheidungsverfahren wurde zum „ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ aufgewertet, bei dem Parlament und Ministerrat gleichberechtigt sind, die gemeinsamen Regelungsbereiche aber ausgebaut wurden. Das Europäische Parlament zählt zweifellos zu den EU-Institutionen, deren Zuständigkeitsbereiche durch den Vertrag von Lissabon, unter dessen Bedingungen 2014 erstmals eine Europawahl stattfand, am meisten erweitert wurden (Pollak und Slominski 2012: 78).

Entsprechend irritiert reagierten Abgeordnete der bereits zuvor im Europäischen Parlament vertretenen Parteien auf das Urteil aus Karlsruhe. Besonders die Begründung, dass es im Europaparlament nicht den klassischen Gegensatz zwischen dauerhafter Regierung (smehrheit) und Opposition gäbe und Entscheidungen auch immer mit wechselnden Mehrheiten möglich wären, rief Kritik hervor. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, warf dem Bundesverfassungsgericht „Unkenntnis oder Respektlosigkeit gegenüber dem Europäischen Parlament“ vor, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP, Elmar Brok, attestierte dem Bundesverfassungsgericht, es

hätte von der Praxis des EP „keine Ahnung“⁸. Abgesehen davon, dass das Urteil in den Augen mancher Europaabgeordneter einer Geringschätzung des Parlaments gleichkam, befürchteten sie, dass es nach den Wahlen zu einer weiteren parteipolitischen Zersplitterung, einer weiteren Zunahme von „Fundamentalopposition“ und in der Folge zu einer langwierigeren Mehrheitsfindung im Parlament kommen könnte, weil unter den nur noch 96 neu- bzw. wiedergewählten deutschen Europaabgeordneten auch einige dabei sein könnten, die eine Mehrheitsbildung erschweren oder sich aus den unterschiedlichsten Gründen gar nicht an der Arbeit des Parlaments beteiligen.

In dieser Studie wird untersucht, inwieweit dies der Fall ist. Zuvor wird jedoch ein Blick auf die Aufgaben des Europäischen Parlament im Institutionengefüge der Europäischen Union geworfen und dargestellt, welche Gestaltungsmöglichkeiten sich daraus für die Abgeordneten ergeben.

3. Aufgaben und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments

Obwohl das Europäische Parlament, anders als beispielsweise der Deutsche Bundestag, kein unmittelbares Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren besitzt, sind seine Aufgaben, wie oben bereits dargelegt, im Laufe der Jahre mehrfach ausgeweitet worden. Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) bildet das Europäische Parlament die legislative Ebene der EU. Beide Organe, Parlament und Rat, sind im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt (Pollak und Slominski 2012: 78). Damit eine Initiative der Kommission angenommen und in EU-weite Regelungen (Richtlinien, Verordnungen) umgesetzt werden kann, ist eine Mehrheit in beiden „Kammern“ erforderlich, wobei keine die Entscheidung der anderen überstimmen kann. Das Parlament hat also im europäischen Gesetzgebungsverfahren ein Vetorecht.

In jeweils zwei Lesungen können im Ministerrat und im Parlament an einem von der Kommission eingebrachten Text Änderungen vorgenommen werden. Sollte es zwischen Rat und Parlament zu keiner Einigung kommen, käme ein Vermittlungsausschuss, ähnlich wie im deutschen Gesetzgebungsverfahren, zum Einsatz. Trotz fehlenden unmittelbaren Initiativrechts kann das Europäische Parlament die Kommission dazu auffordern, zu bestimmten Themen innerhalb eines Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Neben den legislativen Aufgaben spielt das Europäische Parlament bei der Finanzierung der EU eine wichtige Rolle: Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union entscheidet es über den von der Kommission vorgeschlagenen Haushalt, wobei das Annahmeverfahren oder Änderungen am Entwurf dem oben skizzierten Ablauf des „ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens“

⁸ Zitiert nach FAZ (27. Februar 2014: 1).

entspricht. Darüber hinaus hat das Europäische Parlament gegenüber der Kommission Aufsichts- und Kontrollbefugnisse. Die EU-Kommission, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Zentralbank sind dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig, die Abgeordneten können Anfragen an die Kommission und an den Rat der EU richten oder Untersuchungsausschüsse einrichten (EU-Kommission 2013: 10-11).

In der Öffentlichkeit vermutlich am sichtbarsten ist die Wahlfunktion des Europäischen Parlaments. Sowohl der Kommissionspräsident als auch die Kommissare werden vom EP gewählt. Letztere werden zwar von den nationalen Regierungen nominiert, aber ohne (en bloc-)Zustimmung des Parlaments können sie nicht ernannt werden. Ihre Eignung für das Amt müssen die designierten Kommissare daher zuvor in den zuständigen Fachausschüssen unter Beweis stellen. Dabei kommt es durchaus vor, dass die Abgeordneten einen Kandidaten ablehnen, wie z.B. im Falle der früheren slowenischen Ministerpräsidentin Alenka Bratušek, die die Mitglieder der Ausschüsse für Umwelt und Industrie nicht überzeugen konnte. Schließlich könnte das Parlament den Kommissionspräsidenten oder die Kommission als Ganzes ablehnen oder sie nach der Ernennung durch ein Misstrauensvotum zum Rücktritt zwingen. Die Hürde hierfür ist jedoch mit einer geforderten Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder des EP relativ hoch (Pollak und Slominski 2012: 80), so dass der aufgewerteten parlamentarischen Wahlfunktion keine gleichwertige „Abwahlfunktion“ gegenübersteht.

Auch wenn die Europäische Union kein parlamentarisches Regierungssystem hat, das einem nationalen, wie dem deutschen oder britischen entspricht, übt das Europäische Parlament eine Reihe klassischer Parlamentsfunktionen aus (Repräsentationsfunktion, Beteiligung an der Rechtssetzung, Budgetrecht, Kontrollfunktionen, Wahlfunktion) und verfügt zumindest ansatzweise über Macht- und auch Disziplinierungsinstrumente gegenüber den verschiedenen Exekutivebenen innerhalb der Europäischen Union.

Neben diesen Befugnissen stehen Europaabgeordneten weitere Möglichkeiten offen, im Parlament und in der Öffentlichkeit aktiv für ihre Themen zu werben, Mehrheiten bzw. die Unterstützung für eigene Entschließungsanträge zu finden, die Öffentlichkeit und das Parlament für gewissen Themen zu sensibilisieren oder ihre Meinung oder die ihrer Wählerinnen und Wähler anderweitig zu artikulieren, z.B. durch Wortmeldungen im Plenum und in den Ausschüssen, Anfragen an die Kommission, Pressekonferenzen u.a. Aktivitäten. Hier eröffnet die formale Stellung des Parlaments im Institutionen- und Machtgefüge der EU ganz besondere Möglichkeiten für die Abgeordneten. Gerade weil die EU kein parlamentarisches Regierungssystem hat und die Fraktionsdisziplin damit geringer ausfallen kann, haben die Abgeordneten die Möglichkeit, selbst die Initiative zu ergreifen, für eigene Vorhaben zu kämpfen und dafür nach Unterstützern, ggf. auch aus anderen Fraktionen zu suchen. Dafür sind sie angetreten und dafür

wurden sie gewählt. Von den sieben Abgeordneten der deutschen Kleinparteien könnte man daher ein überdurchschnittliches Engagement erwarten, da sie als Neulinge und ohne weitere Parteifreunde um sich nur so überhaupt eine Chance haben, ihre Themen zu platzieren. Bevor dargelegt wird, wie aktiv sie ihre Mandate wahrnehmen, folgt ein Blick auf den Fraktionsanschluss der sieben und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten.

4. Fraktionszugehörigkeit der deutschen Kleinparteien

Die Fraktionen sind ein Kraftzentrum des Europäischen Parlaments. Obwohl die Fraktionsdisziplin in der Regel geringer ist als im Deutschen Bundestag oder in deutschen Landtagen und die notwendigen Mehrheiten zur Beschlussfassung auch immer wieder durch thematisch zu überzeugende „Abweichler“ und wechselnde Mehrheiten zustande kommen, werden in den Fraktionen politische Positionen der jeweiligen Gruppe festgelegt, eigene Vorhaben (Entschließungsanträge) entworfen und abgestimmt oder das Verhalten gegenüber Initiativen der Europäischen Kommission oder anderen EU-Institutionen wie dem Europäischen Rat oder dem Ministerrat koordiniert. Die Vorstände der jeweiligen Fraktionen bilden die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden (auch „Konferenz der Präsidenten“), die unter anderem die Tagesordnung für die Plenarsitzungen festlegt, die Zuständigkeiten der Ausschüsse regelt und auf informellem Wege nach Mehrheiten sucht und das Abstimmungsverhalten der anderen auslotet.

In den Fraktionen gilt – wie im gesamten Parlament – die Regel, dass das politische Gewicht von Abgeordneten einer Partei zum einen und das Gewicht einer Fraktion zum anderen mit ihrer Zahl bzw. Größe steigen (s. auch Pollak und Slominski 2012: 73). Wie oben dargelegt, hat das Parlament u.a. das Recht, Änderungsvorschläge zu Gesetzesvorhaben der EU Kommission einzubringen. Diese Vorschläge werden auf der Arbeitsebene des Parlaments, den Fachausschüssen, ausgearbeitet. Dazu benennen die Fraktionen nach einem Schlüssel, der sich nach der Größe der Fraktionen richtet, Berichterstatter, die den Gesetzentwurf im entsprechenden Ausschuss federführend bearbeiten und erst dem Ausschuss, dann dem Plenum eine Entscheidungsvorlage vorlegen (Große Hüttmann und Wehling 2013). Die Berichterstatter haben, ähnlich wie die Ausschussvorsitzenden und die Fachgebietskoordinatoren der Fraktionen, großen Einfluss im Europäischen Parlament und gelten auch als „legislative entrepreneurs“ (Benedetto 2005), die maßgeblich auf die Entscheidungen des Parlaments einwirken können (Neuhold und Settembri 2007: 244-246). Kleinere Fraktionen, Vertreter kleiner Parteien und erst recht fraktionslose Abgeordnete haben in diesem Verfahren nur selten eine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Sie können zwar Stellung nehmen, erhalten aber kaum den begehrten Status eines Berichterstatters.

Tabelle 3 Fraktionszugehörigkeit und Ausschussmitgliedschaften der Abgeordneten der deutschen Kleinparteien

Partei (nach Stimmenanteil 2014 in %)	Name des/der Abgeordneten	Fraktion im EP	Ausschussmitgliedschaft (fett: Mitglied, normal: stv. Mitglied)*
Freie Wähler (1,5)	Ulrike Müller	ALDE	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Piratenpartei (1,4)	Julia Reda	G/EFA	Rechtsausschuss, Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Petitionsausschuss
Tierschutzpartei (1,2)	Stefan Eck	GUE/ NGL	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung , Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
NPD (1,0)	Udo Voigt	--	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Familienpartei (0,7)	Arne Gericke	EKR	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
ÖDP (0,6)	Klaus Buchner	G/EFA	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Ausschuss für internationalen Handel
Die Partei (0,6)	Martin Sonneborn	--	Ausschuss für Kultur und Bildung, Haushaltskontrollausschuss

Legende:

ALDE: Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (weitere Mitglieder u.a.: FDP, NEOS),

G/EFA: Die Grünen/Europäische Freie Allianz (weitere Mitglieder u.a.: B90/Die Grünen),

GUE/NGL: Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke (weitere Mitglieder u.a.: Die Linke, Syriza, Front de gauche),

EKR: Europäische Konservative und Reformisten (weitere Mitglieder u.a.: Britische Konservative, AfD, Dänische Volkspartei, PiS).

* Für die Untersuchung der Aktivität der Abgeordneten in den Ausschüssen wurden nur die berücksichtigt, in denen die sieben Abgeordneten Mitglied sind.

Auch bei der Zuordnung der Redezeit der Abgeordneten im Plenum spielt die Fraktionsgröße eine Rolle. Zwar wird ein Teil der verfügbaren Redezeit vom Präsidium zu gleichen Teilen an alle Fraktionen vergeben, ein weiterer Teil allerdings in Abhängigkeit der Fraktionsgröße. Abgeordnete, die im Plenum das Wort ergreifen wollen, beispielsweise bei einer der Aussprachen im Gesetzgebungsverfahren, werden in der Reihenfolge der Fraktionsstärke auf die Rednerliste ge-

setzt. „Einzelkämpfer“ in den Fraktionen und in besonderem Maße fraktionslose Abgeordnete haben daher kaum eine Chance, mit eigenen Positionen durchzudringen, zumal nichtlegislative Berichte oder Entschließungsanträge, mit denen das Parlament die Aufmerksamkeit auf konkrete Themen, z.B. Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen die Demokratie o.ä., zu lenken ver- und andere Organe der EU um Stellungnahmen ersucht, von einem Ausschuss, einer Fraktion oder mindestens vierzig Abgeordneten eingereicht werden müssen (Europäisches Parlament o.J).

Abgeordnete kleiner Parteien haben es unter diesen Umständen mitunter schwer, sich in ihren Fraktionen oder im Parlament mit eigenen Initiativen hervorzutun, Fraktionslose haben es noch schwerer. Ihnen bleiben in der Regel kurze Wortmeldungen im Plenum und in den Ausschüssen sowie das Recht, an den jeweiligen Abstimmungen teilzunehmen. Wenn sie nicht von einer der Fraktionen aufgenommen werden oder den Anschluss verweigern, bleiben fraktionslose Abgeordnete – erst recht, wenn es sich um „Einzelkämpfer“ handelt – in der Regel Zaungast im Europäischen Parlament, es sei denn, sie würden eine ganz besondere Aktivität zur Artikulation der ihnen anvertrauten Stimmen an den Tag legen.

Zwei Abgeordnete deutscher Kleinparteien sind fraktionslos geblieben (s. Tabelle 3): Udo Voigt (NPD) und Martin Sonneborn (Die Partei). Julia Reda von der Piratenpartei und Klaus Buchner von der Ökologisch-Demokratischen Partei haben sich den 48 anderen europäischen Grünen im Europäischen Parlament angeschlossen. Ulrike Müller von den Freien Wählern wurde von den 66 Liberalen aufgenommen. Stefan Eck von der Tierschutzpartei wurde Mitglied der auf nunmehr 52 Abgeordnete angewachsenen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken, während sich Arne Gericke von der Familienpartei den übrigen 69 Europäischen Konservativen und Reformisten, und damit u.a. den britischen Konservativen, der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), den sieben Abgeordneten der Alternative für Deutschland und den vier von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei anschloss. Um zu untersuchen, welche Themen die sieben neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments nun mit besonderer Intensität hätten bearbeiten können, werden im folgenden Abschnitt zunächst die Schwerpunkte ihrer Europawahlprogramme kurz vorgestellt.

5. Programmatische Schwerpunkte der kleinen Parteien⁹

5.1 Freie Wähler

Positionen zur EU: kritisch gegenüber der EU in gegenwärtiger Verfassung; EU ist zentralistisch, bürokratisch, intransparent und bürgerfern; „Projekt der Eliten und Lobbyisten“; Verkleinerung der EU-Kommission auf zehn Kommissare; EP als Verfassungsgebende Versammlung; Volksentscheide auf europäischer Ebene einführen; Rückführung der Regelungskompetenzen auf regionale und kommunale Ebene.

Wirtschaft/Finanzpolitik: Haushaltsdisziplin und solide Finanzen in Europa; Senkung des deutschen Finanzierungsanteils für die EU; nationale Verantwortung für Staatshaushalte; keine Schuldenunion; Einführung von Parallelwährungen in Euro-Krisenländern; nationale Steuerhoheit beibehalten; Abschirmung der EZB vor politischer Einflussnahme; Sicherung deutscher Qualitätsprodukte; Erhalt der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft; Erhalt regionaler Spezialitäten („ein Stück gelebten Kulturguts“); besondere Förderung von landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben (keine „Agro-Gen-Industrie“; „keine Benachteiligung bäuerlich geführter Betriebe durch zunehmende Marktorientierung der EU-Agrarpolitik“); Erhalt des mittelständischen Ernährungshandwerks; deutsche Bildungsabschlüsse sichern („Hände weg von unserem Meister“); keine Giga-Liner, europaweite Abschaffung der Pkw-Maut-Systeme; keine Kernkraft; kein TTIP.

Sozialpolitik: einkommensschwache, kinderreiche Familien, die vor Ort verwurzelt sind, erhalten von ihrer Gemeinde günstiges Bauland.

Gesellschaft: Einführung eines europäischen Volksgruppenrechts; europaweites Verbot von Vertreibung; Reform der EU-Flüchtlings- und Asylpolitik; Einwanderungsstopp nach Deutschland; Verteilung von Flüchtlingen auf andere EU-Länder; Einführung einer „Roma-Strategie“ der EU; Sanktionen gegenüber Bulgarien und Rumänien für den Fall, dass sie EU-Mittel für „armutszuwanderungsverhindernde Projekte“ nicht ausschöpfen; Visapflicht für Westbalkanländer; Sicherung der EU-Außengrenzen; Stärkung der Europäischen Sicherheitsstrukturen.

Spezial- bzw. Schwerpunktthemen der Partei: EU-Agrarförderung für lokal ansässige Bauern; Erhalt der regionalen Lebensweise, Erhalt bewährter landwirtschaftlicher Produktions- und Züchtungsmethoden; politische Stärkung der Regionen und Kommunen (zu Lasten der EU und des Bundes); Einwanderungsstopp nach Deutschland.

⁹ Die ersten vier Kriterien geben Positionen der Parteien wieder, die ihren Europawahlprogrammen entnommen sind, siehe dazu: Freie Wähler (2014), Piratenpartei (2014), Tierschutzpartei (2014), NPD (2014), Familienpartei (2014), ÖDP (2014), Die Partei (2014). Die beiden weiteren Kriterien basieren auf eigener Einschätzung.

Politische Grundausrichtung: EU-kritisch, konservativ/gut bürgerlich, regional, kommunal, ländlich, einwanderungskritisch, bürgernah für Einheimische.

5.2 Piratenpartei

Positionen zur EU: die EU leidet derzeit unter Exekutivlastigkeit; Stärkung des EP durch Initiativrecht und Wahl einer europäischen Regierung; Verfassungsgebende Versammlung für Europa; Einführung direktdemokratischer Abstimmungsverfahren; Bürger sollen mittels Europäischer Bürgerinitiative Legislativvorschläge unterbreiten und EU-Gesetze stoppen können; existierende EU-Verträge sind durch neue Regelung, die demokratische Reformen beinhaltet, zu ersetzen; diese Neuregelung ist zwingend durch Volksabstimmung der EU-Bürger anzunehmen.

Wirtschaft/Finanzpolitik: Drastische Einschränkung von Finanzspekulationen; Beteiligung der Eigentümer in Krisen und bei Verlusten; Aufbau- und Investitionsprogramm für Europa („Marshall-Plan 2.0“); koordinierte Geld-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik in Europa; gegen TTIP.

Sozialpolitik: Europaweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Gesellschaft: Lückenlose Breitbandversorgung in der EU; diskriminierungsfreier Zugang zum Internet; gesetzliche Garantie für anonymen ... pseudonymen Zugang zu Netzdiensten; Reform des Urheberrechts; aktive Förderung und gesetzlicher Schutz des Kopierens, Anbietens, Speicherns und Benutzens von literarischen und künstlerischen Werken; keine Vorratsdatenspeicherung; europäisches Datenschutzrecht; Whistleblower in der öffentlichen Verwaltung und im Privatsektor gesetzlich schützen; Ausweitung des Asylrechts und der Asylgründe; Abschaffung von Frontex; Legalisierung von Drogen im Rahmen einer europäischen Drogen- und Suchtpolitik.

Spezial- bzw. Schwerpunktthema der Partei: digitale Freiheit.

Politische Grundausrichtung: digital, links-grün, libertär, basisdemokratisch.

5.3 Tierschutzpartei

Positionen zur EU: EU ist zur „Lobbykratie ... verkommen“; Lobbyisten beeinflussen EU-Beamte, Abgeordnete und EU-Kommissare; Lobbyismus untergräbt europäische Demokratie; mehr Bürgerbeteiligung; Stärkung des EP.

Wirtschaft/Finanzpolitik: Volksentscheid über den Euro (rückwirkende Legitimation); EU-Wirtschaftsregierung, die Einfluss auf Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten nimmt; Regulierung der Finanzmärkte und Banken; begrenzte Schulden-

schnitte; befristeter „Marshall-Plan“ für Europa zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in südlichen EU-Ländern; europaweite „Reichensteuer“.

Sozialpolitik: Gegen Enteignung der Bürger durch Niedrigzinspolitik der EZB.

Gesellschaft: Grundrecht auf Asyl stärken; europaweite Erhöhung der Aufnahmekapazität für Asylsuchende und Flüchtlinge; Bereitstellung von EU-Mitteln zur permanenten Aufklärung gegen rechtsextreme Gefahren; TV-Werbung, Zeitungsannoncen gegen rechts; Broschüren für Jugendliche und Erwachsene.

Spezial- bzw. Schwerpunktthemen der Partei: Tier- und Umweltschutz: Importverbot für Walfleisch und Nebenprodukte des Walfangs; Verbot der Käfighaltung von „Nutztieren“; Verbot der Tötung männlicher Küken; Begrenzung der Tiertransportdauer; Verbot aller Tierversuche; Begrenzung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung; Verbot von Stierkämpfen, Windhundrennen, betäubungslosem Schlachten, Gänse- und Entenstopfen; komplettes Verbot der Jagd; Abschaffung von Exportsubventionen für Nahrungsmittel; landwirtschaftliche Subventionen nur gegen Umwelt-, Tierschutz- und Sozialauflagen; Streichung der Direkthilfen für fleischerzeugende Landwirtschaftsbetriebe; Abbau des Milchkuhbestands; drastische Begrenzung der Fischfangquoten; Verbot von Grundschleppnetzen; Ausstieg aus der Kohleverstromung; europaweites Tempolimit auf 130 km/h (auf Autobahnen); Verbot von Fracking; europaweiter Atomausstieg.

Politische Grundausrichtung: links-grün, bestimmt/fokussiert, kompromisslos.

5.4 NPD

Positionen zur EU: EU ist Eingriff in nationale Souveränität („Brüsseler Kommissarsregime“); EU ist „fremder Geist, der alles dem Mammon untergeordnet hat“ und die Völker Europas von innen heraus zerstört; EU ist „bürgerferne Super-Bürokratie mit totalitären Tendenzen“; „Nein zu dieser EU“; kein Türkei-Beitritt zur EU.

Wirtschaft/Finanzpolitik: Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe; Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland; gegen TTIP; Auflösung der Europäischen Währungsunion; Rückkehr zu nationalen Währungen; „Ausstieg aus allen Rettungspaketen und aus der Griechenlandhilfe“; keine Bankenunion; keine Haftungsunion.

Sozialpolitik: Formulierung eines familienpolitischen Leitbildes nach russischem Vorbild, das für jede Familie drei einheimische Kinder vorsieht; Einrichtung einer „bevölkerungspolitischen Leitstelle, die die europäischen Gesellschaften nach ihrer Reproduktionsleistung ... beobachtet“; Abschaffung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie und der Freizügigkeit.

Gesellschaft: Islamfeindlich: „Der Islam war und ist nicht Teil der europäischen Kulturgeschichte, sondern ... zielt darauf ab, ... Europa zu unterwerfen“; europa-weiter Zuwanderungsstopp; „Schluss mit multikultureller Fragmentierung der europäischen Gesellschaften“, der „raum- und kulturfremden Zuwanderung und mit dem Kniefall vor dem Islam“.

Spezial- bzw. Schwerpunktthemen der Partei: Ausstieg Deutschlands aus der EU; Rückkehr zum Nationalstaat; sofortiger Einwanderungsstopp nach Europa und Deutschland; Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen; nationale Kontrolle der Asyl- und „Ausländerpolitik“; Rückkehr zur D-Mark.

Politische Grundausrichtung: „völkisch-national“, EU-feindlich, ausländerfeindlich, rechtsextrem.

5.5 Familienpartei

Positionen zur EU: EU derzeit unterminiert von Lobbyisten, Folge: einseitige Vermögensverteilung zu Lasten der Beschäftigten; Ziel: Ausbau der Bürgerbeteiligung in der Rechtsprechung („gesundes Rechtsempfinden der Menschen“).

Wirtschaft/Finanzpolitik: Primat der Politik vor internationaler Finanzwelt; EU-weit gleiche Besteuerungsgrundlagen; gesetzlicher Mindestlohn; Wiedereinführung der Eigenheimzulage.

Sozialpolitik: Einrichtung einer staatlichen Familienkasse, in die alle Erwerbstätige Anteile aus dem Bruttoeinkommen einzahlen, daraus: Zahlung eines Erziehungsgebhalts; europaweit gleiche Sozialabgaben.

Gesellschaft: Verstärkte Förderung von Kindergärten und Vorschulen; gebührenfreies Erststudium; stellvertretendes Wahlrecht der Eltern für ihre Kinder; Ausweitung des Asylrechts; keine „Züchtung“ von und kein Handel mit Embryonen.

Spezial- bzw. Schwerpunktthema der Partei: „Familie“; Gleichstellung der „Familienarbeit“ mit Erwerbsarbeit.

Politische Grundausrichtung: indifferent, kaum europapolitische Positionen.

5.6 ÖDP

Positionen zur EU: EU leidet derzeit unter Demokratiedefizit; EP braucht Initiativrecht, Wahlrecht für die jeweiligen EU-Kommissare und volles Budgetrecht (mit Zuständigkeiten über eigene Einnahmen und Einnahmequellen); Begrenzung der Regelungszuständigkeiten der EU; Bürokratieabbau; für weitere EU-Beitritte.

Wirtschaft/Finanzpolitik: Kontrolle der Banken; Gläubigerhaftung in Krisen; Ausstieg aus dem ESM; Rückkehr zu nationalen Währungen muss in Härtefällen möglich sein; mehr Lebensqualität durch Wachstumsverzicht; Harmonisierung der Steuerpolitik; Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung; Senkung der Strahlengrenzwerte für Mobilfunkgeräte.

Sozialpolitik: Elternrecht zur Erziehung der eigenen Kinder; Sozial- und Familienpolitik bleibt nationale Aufgabe.

Gesellschaft: Einheitliches Grundrecht auf Asyl; einheitliche Standards für Asylverfahren; Verbot der aktiven Sterbehilfe; Ausbau der Palliativversorgung; europäisches Embryonenschutzgesetz.

Spezial- bzw. Schwerpunktthemen der Partei: Umweltschutz: Beendigung der Vermüllung und Überfischung der Meere; Verbot von Fracking und unterirdischer CO₂-Speicherung; EU-weiter Atomausstieg; Tierschutz: kurze Viehtransporte; keine Intensivhaltung von Nutztieren; Verbot von Gentechnik; Kopplung der Subventionen an ökologische Wirtschaftsweise; Reduzierung von Antibiotika in der Tierhaltung.

Politische Grundausrichtung: „ökologisch-sozial“ (Selbstbezeichnung der ÖDP), bioethisch, regional.

5.7 Die Partei

Positionen zur EU: „Europa ist uns egal!“; „Für Europa, gegen Europa“.

Wirtschaft/Finanzpolitik: „Fuck the Freihandelsabkommen“.

Sozialpolitik: /.

Gesellschaft: /.

Spezial- bzw. Schwerpunktthema der Partei: /.

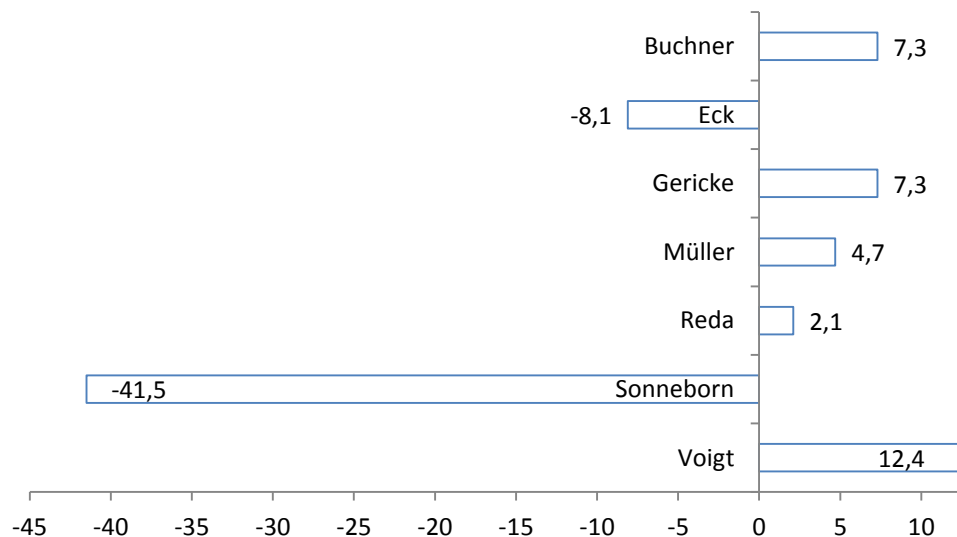
Politische Grundausrichtung: Satire.

6. Parlamentsaktivitäten

6.1 Die Abgeordneten im Plenum

Im Untersuchungszeitraum, der die Zeitspanne von der konstituierenden Sitzung des 8. EP am 1. Juli 2014 bis zum Stichtag dieser Untersuchung, Donnerstag, den 12. März 2015, umfasste, fanden insgesamt 39 Plenarsitzungen statt. Die durchschnittliche Anwesenheitsquote der Abgeordneten der kleinen Parteien lag bei 85,3% (33 von 39 Sitzungen), die aller anderen 744 Europaabgeordneten betrug 87,6% (34 von 39 Sitzungen). Der Durchschnittswert der Abgeordneten der kleinen Parteien sagt allerdings nicht viel aus, da sie nicht als Gruppe im EP auftreten. Die höchste Anwesenheitsquote der sieben MdEP hat der NPD-Abgeordnete Udo Voigt, der an allen Sitzungen des Plenums teilnahm. Martin Sonneborn, der Abgeordnete von „Die Partei“, verleiht seiner Geringschätzung des EP schon durch seine weit unterdurchschnittliche Teilnahme Ausdruck. Er nahm an weniger als der Hälfte der Plenarsitzungen teil. Auch Stefan Eck von der Tierschutzpartei fällt durch unterdurchschnittliche Präsenz auf. Die anderen vier Abgeordneten haben jedoch eine überdurchschnittliche Sitzungsteilnahmequote (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1 Individuelle Abweichungen der Plenaranwesenheit vom Parlamentsdurchschnitt



Eigene Berechnung auf Grundlage der Plenarprotokolle.

Die durchschnittliche Plenaranwesenheit aller anderen 744 MdEP beträgt 87,6%.

Die Anwesenheitsquoten geben zwar erste Eindrücke darüber, ob ein Abgeordneter sein oder eine Abgeordnete ihr Mandat ernst nimmt, aber allein durch das Tagegeld von 305 EUR für jede Teilnahme an einer regulären Sitzung des Parlaments oder einem seiner Gremien wird dieser Indikator natürlich verzerrt, weil ein gewisser Anreiz besteht, sich ins Plenum zu setzen. Deshalb wird im

nächsten Schritt ein Blick auf die Aktivitäten der sieben Abgeordneten im Plenarsaal geworfen.

Als Aktivitäten wurden Wortmeldungen, Entschließungsanträge und parlamentarische Anfragen erfasst, wobei die Entschließungsanträge nochmals in selbst eingebrachte und solche, denen sich die untersuchten Abgeordneten angeschlossen haben, getrennt betrachtet wurden. Sowohl einzeln als auch als „Gruppe“ liegen die sieben in jeder Kategorie unter dem allgemeinen Parlamentsdurchschnitt (vgl. Tabelle 4). Udo Voigt hat sich zwar von den sieben Abgeordneten mit 16 Wortmeldungen im Untersuchungszeitraum am häufigsten zu Wort gemeldet, aber damit liegt er noch weit unter dem Durchschnitt aller anderen Mitglieder des EP. Diese verzeichnen im Schnitt knapp 39 Wortmeldungen. Martin Sonneborn hat im Plenum, genau wie seine Kollegin von den Freien Wählern, einmal das Wort ergriffen, Stefan Eck von der Tierschutzpartei immerhin zwei Mal.

Tabelle 4 Aktivitäten im Plenum

Name des MdEP, Partei	Wort	+/- Ø aller MdEP -7	gEA	+/- Ø aller MdEP -7	EA	+/- Ø aller MdEP -7	Parl. Anfrage	+/- Ø aller MdEP -7
Müller, FW	1	-38	2	-12	1	-7,5	6	-14
Reda, Piraten	4	-35	2	-12	1	-7,5	15	-5
Eck, Tierschutz	2	-37	1	-13	1	-7,5	10	-10
Voigt, NPD	16	-23	0	-14	1	-7,5	17	-3
Gericke, Familie	15	-24	13	-1	8	-0,5	8	-12
Buchner, ÖDP	6	-33	8	-6	6	-2,5	4	-16
Sonneborn, Die Partei	1	-38	0	-14	0	-8,5	0	-20

Eigene Berechnung auf der Grundlage der Plenarprotokolle und der individuellen Internetseiten aller MdEP, dort „Parlamentarische Tätigkeit“.

Wort: Wortmeldungen im Plenum.

+/- Ø aller MdEP -7 zeigt die individuellen Abweichungen vom Durchschnitt aller MdEP abzüglich der sieben.

gEA: gemeinsam mit anderen eingebrachte Entschließungsanträge.

EA: selbst initiierte Entschließungsanträge.

Auch bei den Entschließungsanträgen erreicht keiner der sieben untersuchten MdEP den Durchschnitt im EP, Arne Gericke von der Familienpartei kommt jedoch in dieser Kategorie immerhin in dessen Sichtweite. Er hat selbst acht Entschließungsanträge eingebracht (Gesamtdurchschnitt im EP: 8,5) und sich 13 weiteren angeschlossen (Gesamtdurchschnitt im EP: 14). Der bei seinen Wortmeldungen noch relativ aktive und zu 100% anwesende Udo Voigt fällt in dieser Kategorie deutlich zurück. Auch die übrigen fünf deutschen Abgeordneten sind in Bezug auf eingebrachte Entschließungsanträge wenig aktiv, mit geringfügigen Abweichungen bei Klaus Buchner, der sich immerhin acht Anträgen, die von an-

deren Angeordneten ausgingen, angeschlossen hat, damit aber auch unter dem Gesamtdurchschnitt aller anderen MdEP bleibt. Mit Blick auf die parlamentarischen Anfragen ist Udo Voigt mit insgesamt 17 wieder der aktivste in der Gruppe der sieben, gefolgt von Julia Reda von der Piratenpartei (14) und Stefan Eck (10), aber auch hier liegen alle sieben unter dem Durchschnitt aller anderen Mitglieder des EP (20).

Bis auf ihre Anwesenheit im Plenarsaal, bei der zumindest vier Abgeordnete über und einer weit über dem Durchschnitt aller anderen Mitglieder des EP liegen, sind die sieben Abgeordneten der kleinen Parteien weit unterdurchschnittlich aktiv. Martin Sonneborn verweigert dem EP im Grunde jede Mitarbeit. Das könnte man sogar noch als konsequent bezeichnen, da seine Partei mit dem Motto warb „Europa ist uns egal“. Seine Wortmeldung im Untersuchungszeitraum (zwischenzeitlich ist eine weitere hinzugekommen), bei der Sonneborn Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit bekannt gewordenen CIA-Foltermethoden anprangerte¹⁰, ist dennoch schwer auf inhaltliche Einschlägigkeit hin zu prüfen, da irgendetwas von Null nicht zu bestimmen ist.

Bis auf zwei Ausnahmen sind die Aktivitäten der anderen Abgeordneten allerdings überwiegend thematisch einschlägig, d.h. sie bewegen sich relativ nahe an dem Programm der jeweiligen Partei. Ulrike Müller hat sich im Untersuchungszeitraum zwar nur einmal zu Wort gemeldet, aber diese Wortmeldung (sie fragte, ob Landwirte im Zuge des Russland-Embargos der EU mit finanziellen Einbußen rechnen müssten, EP 2014a) entspricht durchaus dem Programm ihrer Partei, der Freien Wähler. Auch vier ihrer fünf parlamentarischen Anfragen betrafen im weiteren Sinne landwirtschaftliche Themen und den Verbraucherschutz, können also als programmnah angesehen werden. Die beiden Entschließungsanträge, denen sich die Abgeordnete der Freien Wähler angeschlossen hat, sind jedoch zu allgemein und überparteilich (Lage in Pakistan nach Anschlägen auf eine Schule in Peshawar), als dass sie entsprechend gewertet werden könnten.

Hundertprozentig programm-treu sind hingegen die Aktivitäten von Julia Reda (Piratenpartei). Sie beschäftigte sich im Plenum fast durchweg mit Urheberrechtsfragen, Datenschutz und weiteren internetbezogenen Themen. Auch Udo Voigt arbeitet nah am NPD-Programm. Jede seiner insgesamt 34 Aktivitäten kann als thematisch einschlägig angesehen werden. Sie richten sich gegen vermeintliche islamistische Torgefahren in Europa, u.a. durch zurückkehrende

¹⁰ Das war zumindest der inhaltliche Kern der Frage. Sonneborn verband das aber mit der Idee, danach zu fragen, ob die Absicht besteht, im Zusammenhang mit TTIP auch Foltermethoden der CIA nach Europa zu exportieren und falls ja, ob die Delinquenten dann mit Helene-Fischer-Musik malträtiert würden (EP 2015). Es gibt sicherlich Menschen, die finden derartige Beiträge lustig. Ihr Kern ist es nicht. Wenn Sonneborn ihn aber selbst durch eine derart bemüht klingende Pointe ad absurdum führt, ist der Beitrag kaum als Gewinn für die parlamentarische Demokratie oder die parlamentarische Kultur zu bewerten.

IS-Kämpfer, die sicherheitspolitischen Folgen der Terroranschläge in Paris vom Januar 2015, gegen Einwanderung nach Europa aus Afrika, die damit verbundene Gefahr von Ebola-Epidemien oder sind gegen die EU, ihre Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik insgesamt gerichtet und dabei sehr pro-russisch. Anträge, in denen Voigt die Haftbedingungen von führenden Mitgliedern der rechtsextremen Goldenen Morgenröte aus Griechenland anprangert und das EP auffordert, sich für deren Freilassung einzusetzen, Anklagen wie die, dass in Deutschland „... pro Jahr 13.000 Ermittlungsverfahren gegen patriotische Bürger durchgeführt ... [und] Menschen ... [wie Horst Mahler ...] nur wegen eines Verstoßes gegen die Meinungsfreiheit zu zwölfteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt werden“ oder Äußerungen wie „[I]ch als ehemaliger Luftwaffenoffizier ... verstehe es überhaupt nicht, wie man hier ... weiterhin mit der NATO ... zusammenarbeiten sollte, denn dadurch wird eine raumfremde Macht, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, über Europa bestimmen“ sind aus verfassungsrechtlicher Sicht vermutlich unbedenklich, da sie weder eine mittelbare noch unmittelbare Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Als echter Gewinn für die parlamentarische Demokratie oder die Arbeit des EP sind sie aber auch nicht zu werten, sie werden dort allerdings seit dem 1. Juli 2014 vorgetragen.

Stefan Eck von der Tierschutzpartei arbeitet auch programmtreu, ist aber in allen Belangen, also auch bei seiner Anwesenheit im Plenum, unterdurchschnittlich aktiv. Die Abgeordneten Gericke (Familienpartei) und Buchner (ÖDP) sind zwar aktiver als Eck, aber weniger programmtreu. Klaus Buchner hat das Thema Menschen- und besonders Frauenrechte für sich entdeckt, dem er einen Großteil seiner Aktivitäten gewidmet hat. Es kam aber im Programm seiner Partei kein einziges Mal vor. Das heißt, der Abgeordnete der ÖDP arbeitet konsequent am Thema und Programm seiner Partei vorbei.

Arne Gericke, dessen Familienpartei kaum europapolitische Positionen im Wahlprogramm hatte, hat sich zwar im November 2014 einmal zu jugend- und familienpolitischen Fragen und einmal zum Thema Kinderarmut zu Wort gemeldet, der Großteil seiner Aktivitäten im Plenum konzentrierte sich jedoch auf den Konflikt zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Dabei nahm er prinzipiell pro-israelische Positionen ein, verband diese aber auch mit heftigen verbalen Attacken gegen die Palästinenser („Es ist eine Schande, dass ... hier für Palästina geworben werden darf ..., das es so eigentlich gar nicht gibt, EP 2014b), so dass ihm mehr als einmal vom Tagungspräsidium das Wort entzogen wurde.

Über alle Plenaraktivitäten betrachtet, liegen die Abgeordneten der sieben kleinen deutschen Parteien unter dem Durchschnitt aller anderen Mitglieder des EP. Sie nutzen also die Chance, die ihnen anvertrauten Stimmen und Interessen im EP zu artikulieren, kaum aus. Lediglich Arne Gericke kommt in einer Aktivi-

tätskategorie, den gemeinsam mit anderen Abgeordneten eingebrachten Entschließungsanträgen, dem Parlamentsdurchschnitt nahe. Aber seine Wortmeldungen zeichnen sich erstens durch ein recht hohes Maß an Unsachlichkeit aus und hatten mehrmals den Wortentzug durch das Tagungspräsidium zur Folge. Zweitens haben sie mit dem Programm seiner Partei nur wenig zu tun.

6.2 Die Abgeordneten in den Ausschüssen¹¹

Die Ausschüsse sind die Arbeitsebene des Europäischen Parlaments. Obwohl es kein eigenes Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren hat, wird hier ein Großteil der legislativen und der weiteren Parlamentsarbeit geleistet. Wie oben dargelegt, haben Abgeordnete, die einer Fraktion angehören, prinzipiell eher die Möglichkeit, auf den Inhalt der zu beschließenden Vorlagen einzuwirken, z.B. dadurch, dass sie von ihren Fraktionen und den Ausschusskollegen zu Berichterstatern zu Entscheidungsvorlagen des EP ernannt werden. Abgeordnete können aber auch unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit in Eigeninitiative Schattenberichte verfassen und so ihre Meinung kundtun.

Von den möglichen Aktivitätsformen in den Ausschüssen des EP werden hier im Einzelnen betrachtet: (1) Die Anzahl der Ausschussmitgliedschaften (Vollmitgliedschaft und stellvertretendes Mitglied), (2) die Teilnahme an den Sitzungen derjenigen Ausschüsse, in denen die Abgeordneten der sieben kleinen Parteien Vollmitglied sind, (3) die Anzahl der Wortmeldungen in diesen Ausschüssen, die nochmals auf thematische Einschlägigkeit hin untersucht werden, und schließlich (4) „Weitere Aktivitäten“, wie Stellungnahmen und Berichte, was allerdings mit der als hoch zu wertenden Anerkennung verbunden wäre, von den anderen Ausschussmitgliedern überhaupt zum Berichterstatter eines Legislativvorgangs ernannt zu werden. Um die Ausschussaktivitäten der sieben untersuchten MdEP einordnen zu können, wurde eine Kontrollgruppe gebildet, die ausgehend von der alphabetischen Reihenfolge aller in Frage kommenden 744 Abgeordneten jede/n 20. Abgeordnete/n einschließt. Damit ist diese 38 MdEP umfassende Kontrollgruppe unabhängig von Partei- und Fraktionszugehörigkeiten, Nationalität, Alter und Geschlecht¹².

In der Einzelbetrachtung der sieben fällt zunächst auf, dass Julia Reda und Stefan Eck neben ihrer Vollmitgliedschaft im Rechtsausschuss bzw. dem für Um-

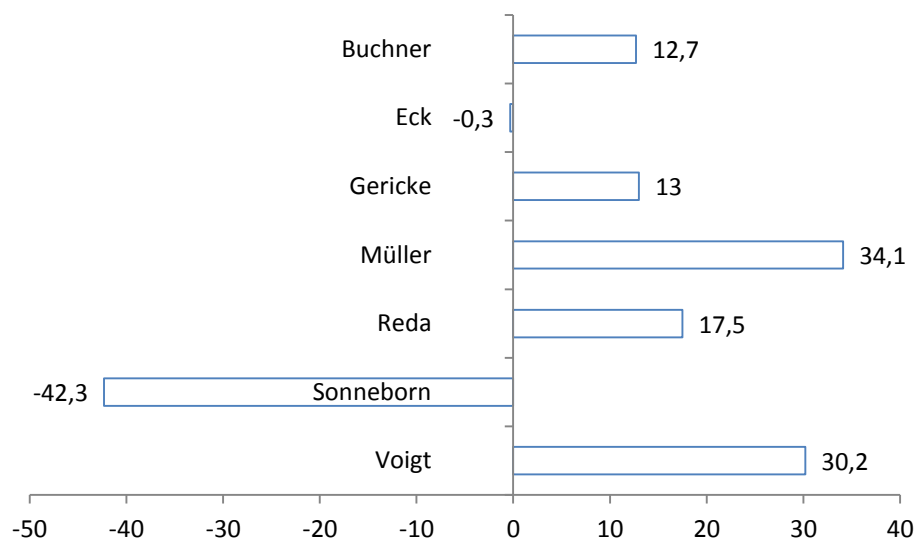
¹¹ Für die Analyse wurden die Protokolle der jeweiligen Ausschusssitzungen nach den im Text genannten Kriterien für die Beobachtungs- und die Kontrollgruppe ausgewertet. Dabei wurden die Sitzungstage berücksichtigt. Das heißt, Ausschusssitzungen, die an einem Tag beispielsweise von 9:00 bis 12:30 Uhr gingen und ab 15:00 fortgesetzt wurden, gelten als eine Sitzung.

¹² Wie bei jeder Stichprobe repräsentiert die Kontrollgruppe die Grundgesamtheit nicht zu 100 Prozent, aber zu einem akzeptablen Grad. Unterrepräsentiert waren Abgeordnete der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und der Liberalen, überrepräsentiert Abgeordnete aus der GUE/NGL-Fraktion, Grüne und Fraktionslose. Die Verteilung der übrigen Mitglieder der Kontrollgruppe entspricht in etwa der im EP.

welt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit noch jeweils zwei weiteren als stellvertretende Mitglieder angehören (vgl. Tabelle 3). Zumindest das liegt über dem Durchschnitt im EP. Es gibt zwar Ausnahmen, bei denen Abgeordnete in drei Ausschüssen stellvertretendes Mitglied sind, aber der Durchschnitt in dieser Kategorie liegt bei einer stellvertretenden Ausschussmitgliedschaft. Mit Ausnahme des NPD-Abgeordneten Udo Voigt, der nur in einem Ausschuss, nämlich dem für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, als ordentliches Mitglied mitwirkt, aber in keinem weiteren stellvertretendes Mitglied ist, erreichen die anderen vier Abgeordneten diesen Durchschnittswert. Mit Blick auf die Vollmitgliedschaften in den Ausschüssen fallen die sieben allerdings leicht zurück. Sie sind durchweg nur Mitglied in einem Ausschuss, parlamentsweit liegt der Schnitt bei knapp 1,6.

Während die Abgeordneten der sieben kleinen Parteien im Plenum in allen Bereichen unterdurchschnittlich aktiv blieben, holen sie in der Ausschussaktivität zumindest partiell etwas auf. Bis auf Stefan Eck, der durchschnittlich oft an den Sitzungen des Umweltausschusses teilnahm und Martin Sonneborn, der mit einer Anwesenheitsquote im Kultur- und Bildungsausschuss von 18% (2 von 11 Sitzungen im Untersuchungszeitraum) erneut komplett herausfällt, haben die andern fünf häufiger, zum Teil deutlich häufiger an den Sitzungen ihrer Ausschüsse teilgenommen als der Durchschnitt aller anderen Europaabgeordneten (vgl. Abbildung 2). Besonders Ulrike Müller und Udo Voigt ragen mit Anwesenheitsquoten von über 90% deutlich heraus.

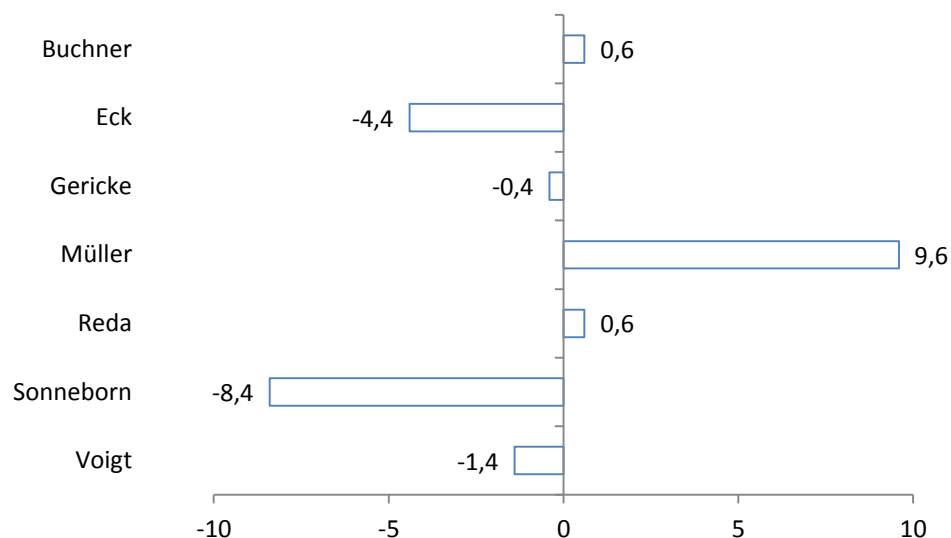
Abbildung 2 Individuelle Abweichungen der Ausschussanwesenheit vom Parlamentsdurchschnitt*



* Angaben in Prozent. Die durchschnittliche Anwesenheit aller anderen MdEP in den Ausschüssen liegt bei 60,3%.

Bei den Wortmeldungen und der Frage, ob diese programmatisch einschlägig sind, relativiert sich dieses Bild allerdings schon etwas. Klaus Buchner (ÖDP) verzeichnet eine leicht über dem Parlamentsdurchschnitt liegende Wortmeldungsaktivität im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, aber seine Beiträge sind nicht programmatisch einschlägig. Er meldete sich, wie schon im Plenum, v.a. zu sicherheitspolitischen und Menschenrechtsfragen im Nahen und Mittleren Osten zu Wort, aber diese Politikfelder finden sich nicht im Programm seiner Partei. Stefan Eck von der Tierschutzpartei hat sich zwar zu programmatisch einschlägigen Themen im Umweltausschuss zu Wort gemeldet, dies aber unterdurchschnittlich oft. Arne Gerickes Wortbeiträge im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten kann man, ganz im Unterschied zu seinen Beiträgen im Plenum, als programmatisch einschlägig bezeichnen, aber er ist nicht überdurchschnittlich aktiv. Ähnliches gilt für Udo Voigt, der auch im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres tut, was er und die NPD im Programm haben, aber mit insgesamt sieben Wortmeldungen (eine davon zur Geschäftsordnung, die restlichen zu Asyl-, Einwanderungs-, Grenzschutzfragen und islamistischer Terrorgefahr in Europa) in den 21 Ausschusssitzungen unter dem EP-weiten Durchschnitt liegt.

Abbildung 3 Individuelle Abweichungen der Ausschussaktivitäten* vom Parlamentsdurchschnitt



* Anzahl der Wortmeldungen.

Die durchschnittliche Anzahl der Wortmeldungen aller anderen MdEP in den Ausschüssen lag bei 8,4.

Aktiv sind hingegen Ulrike Müller im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Julia Reda im Rechtsausschuss. Die Abgeordnete der Freien Wähler erreicht mit einer Anwesenheitsquote in ihrem Ausschuss von 94,4% EP-weit gesehen nicht den Höchst-, wohl aber einen Spitzenwert. Auch ihre Wortmeldungen dort liegen weit über dem Parlamentsdurchschnitt und sie sind programmatisch einschlägig. Ulrike Müller beschäftigt sich aktiv mit forstwirtschaftlichen Fragen und hat sich bei ihren Ausschusskollegen und im Umfeld des Euro-

päischen Parlaments den Ruf erworben, kundig und engagiert zu sein. Dennoch bleibt sie eine klassische Ein-Themen-Politikerin.

Auch Julia Reda genießt im EP hohes Ansehen. Sie ist zwar nicht so aktiv wie ihre Kollegin von den Freien Wählern, aber ihre Wortmeldungen sind programmatisch einschlägig. Vor allem aber ist ihre Berufung zur Berichterstatterin für die Fraktion der europäischen Grünen im Rechtsausschuss für den „Bericht über die Umsetzung der Richtlinie ... zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“ (EP 2014c: 4) Ausdruck von fachlicher Wertschätzung durch ihre Ausschusskolleginnen und -kollegen. Das hat von den anderen Abgeordneten der deutschen kleinen Parteien sonst niemand erreicht.

Abgesehen von den zwei bereits erwähnten Sitzungsteilnahmen beteiligt sich Martin Sonneborn an der Arbeit des Ausschusses für Kultur und Bildung nicht. Soweit man das angesichts des recht übersichtlichen Programms seiner Partei sagen kann, ist das sogar programmatisch einschlägig, denn „Europa“ sind ihm und seiner Partei „egal“.

7. Kleine Parteien im Europäischen Parlament: Ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie?

Dem Bundesverfassungsgericht ging es bei seinem Urteil zur Abschaffung der Drei-Prozent-Sperrklausel um die Verbesserung der Chancengleichheit der politischen Parteien und die der Wahlrechtsgleichheit, wonach jede Stimme, die bei einer Wahl abgegeben wird, ... „den gleichen Zählwert und die gleiche rechtliche Erfolgchance ... (auf) ... Einfluss der Zusammensetzung der zu wählenden Vertretung haben muss (BVerfG 2014: 2). Die Realisierung beider Grundsätze stößt allerdings schon deshalb an praktische Grenzen, da das deutsche Sitzkontingent im Europäischen Parlament mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags auf 96 Mandate begrenzt ist. Kleine Parteien und ihre Wähler müssen also immer damit rechnen, den Einzug in das Europäische Parlament (oder andere Parlamente) zu verpassen, unabhängig davon, ob eine Fünf- oder Drei-Prozent-Hürde oder eben gar keine Sperrklausel Anwendung findet. Die Absenkung oder Aufhebung einer Sperrklausel gestattet es lediglich einer größeren Zahl kleinerer Parteien, Mandate zu erreichen, aber nie allen. Denn auch unter den vom Bundesverfassungsgericht neu geschaffenen Bedingungen traf es Kleinparteien, wie die Republikaner, die Bayernpartei oder die Partei Bibeltreuer Christen, deren Wählerstimmen bei der Vergabe der Mandate unberücksichtigt blieben. Eine hundertprozentige Abbildung der Stimmen in Mandate kann auch das Verhältniswahlssystem nicht gewährleisten, es sei denn, man nähme eine gewaltige Aufblähung des zu wählenden Parlaments hin.

Dass auch die Zählwertgleichheit technische Grenzen hat, die sich aus der Umrechnung von Stimmen in Sitze ergeben, zeigt das Verhältnis von abgegebenen Stimmen und Mandaten für die sieben kleinen Parteien dieser Untersuchung. Eine Stimme, die für die Tierschutzpartei abgegeben wurde, ist demnach nur halb so viel Wert wie eine Stimme für Die Partei. Sie hat mit 184.709 Stimmen einen Sitz im EP bekommen. Die Tierschutzpartei hat auch nur einen Sitz, wurde aber von doppelt so vielen Wählerinnen und Wählern gewählt. Noch weniger Wert waren die Stimmen für die Freien Wähler oder die Piratenpartei (vgl. Tabelle 1).

Das formaljuristische Argument für die Aufhebung der Sperrklausel bestand neben dem Bestreben, die genannten Egalitätsgrundsätze zu erfüllen, darin zu betonen, dass unter den gegebenen rechtlichen wie tatsächlichen Verhältnissen die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments nicht ernsthaft in Gefahr gerät, wenn künftig weitere Parteien dort vertreten wären. Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der, wie eingangs erwähnt, mehrere kleine Parteien vor dem BVerfG vertreten hat, schrieb kurz nach dem Urteil, dass es keine triftigen sachlichen Gründe für eine Sperrklausel (in Deutschland) gäbe, da schon jetzt über 160 Parteien im Europäischen Parlament vertreten wären. Kämen nun weitere dazu, dürfte sich an den institutionellen Grundlagen in der EU und den Abläufen im EP nichts Wesentliches ändern (Spiegel online 2014b).

So argumentierte auch das BVerfG. Salopp formuliert hieß das aber nichts anderes, als dass es „nicht weiter schlimm“ sei, wenn jetzt weitere Parteien dazukommen würden. Warum es aber gut oder wünschenswert oder vielleicht sogar erforderlich sei, wenn bzw. dass nun weitere kleine Parteien Mandate im EP erhalten, haben die Juristen, abgesehen von den verfassungsrechtlichen Grundsätzen, weniger ausführlich begründet. Im Urteil heißt es lediglich, es diene der Stärkung der politischen Legitimität von EP und Kommission, wenn deren Wahl jeweils unmittelbar mit der Entscheidung der Wähler verknüpft wird (BVerfG 2014: 3). Implizit heißt das: Mehr Parteien ist gleich mehr Demokratie. So sahen das auch die vom Urteil positiv Betroffenen.

Diese Studie hat sich mit der Frage beschäftigt, wie ernsthaft die durch das Urteil des BVerfG neu ins EP gewählten Abgeordneten ihre Mandate ausüben und ob sie als Gewinn für die parlamentarische Demokratie angesehen werden können. Dazu wurden ihre Aktivitäten im ersten Jahr nach der Wahl analysiert. Die Untersuchung zieht natürlich nur eine erste Zwischenbilanz der Arbeit der sieben Abgeordneten der kleinen deutschen Parteien. Die Gesamtleistung kann sich im Laufe der Wahlperiode noch ändern. Aber in einem Punkt kann dem Bundesverfassungsgericht und anderen Befürwortern der Null-Prozent-Sperrklausel zunächst zugestimmt werden: Die sieben neu gewählten Abgeordneten beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit oder gar Entscheidungsfähigkeit des Europäischen Parlaments nicht. Schwieriger, zum Teil nahezu ausgeschlossen geworden ist es hingegen, in konkreten Fällen eine gemeinsame Linie der deutschen Abgeord-

neten gegenüber der EU-Kommission oder anderen Mitgliedstaaten zu finden, da nun nicht mehr die Positionen von sechs, sondern 14 Parteien in Einklang gebracht werden müssten, was angesichts inhaltlichen Bandbreite der nun im EP vertretenen deutschen Parteien und der kompletten Parlamentsverweigerung eines Abgeordneten kaum gelingen dürfte. Deutsche Interessen lassen sich somit schwerer im EP zum Ausdruck bringen. Insofern hat das BVerfG sogar einen Beitrag zur weiteren Europäisierung der Politik geleistet. Aber das war für die Urteilsbegründung nicht von Bedeutung (und war nicht die Absicht) und der Befund, die sieben Kleinen würden die Arbeit des EP nicht erschweren, wäre aus demokratiethoretischer und -praktischer Perspektive etwas dürftig. Aber sind sie nun ein Gewinn für die europäische parlamentarische Demokratie?

In Einzelfällen trifft das sicherlich zu, in anderen wiederum nicht. Julia Reda und Ulrike Müller nehmen zwar überdurchschnittlich häufig an den Plenarsitzungen des Parlaments teil, sind dort aber in allen weiteren untersuchten Belangen unterdurchschnittlich aktiv. Sie kompensieren dies allerdings durch aktive Ausschussarbeit. Hier sticht wiederum Ulrike Müller durch eine weit überdurchschnittliche Zahl an Wortmeldungen heraus, während der insgesamt ruhigeren Abgeordnete der Piratenpartei die hohe Anerkennung zuteil wurde, zur Berichterstatterin in einem Legislativvorgang ernannt worden zu sein. Unter qualitativen Gesichtspunkten wiegt das (unter)durchschnittliche Aktivitäten auf. Beide genießen im EP Ansehen und Respekt und bringen sich in den engen Grenzen ihrer programmatischen Schwerpunkte, Land- und Forstwirtschaftspolitik hier und internetbezogene Datenschutz- und Urheberrechtsfragen dort konstruktiv in die Parlamentsarbeit ein.

Der NPD-Abgeordnete Udo Voigt fällt vor allem durch hohe Anwesenheit sowohl im Plenum (100%) als auch in „seinem“ Ausschuss, dem für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), sowie eine zumindest unter den sieben untersuchten MdEP relativ hohe Zahl an Wortmeldungen in den Plenarsälen des EP auf, aber im LIBE-Ausschuss ist er nicht überdurchschnittlich aktiv und als Fraktionsloser isoliert. Indiz hierfür ist u.a. die Entscheidung des Ausschusses, einen von Voigt eingebrachten Antrag zum Schutz der Grund- und Menschenrechte in Griechenland nicht zur Abstimmung zu stellen (Voigt forderte darin die Freilassung von Gesinnungsgenossen der Goldenen Morgenröte, vgl. EP 2014d: 2). Ebenso wie seine weiteren Wortmeldungen im Plenum und denen im LIBE-Ausschuss kann das kaum als echter Gewinn für die Demokratie, zumindest nicht für die demokratische Kultur oder als legitimitätssteigernd für das EP angesehen werden. Solange aber die NPD in Deutschland nicht verboten ist, sind derartige Aktivitäten durch das Grundrecht auf Meinungs- und politische Betätigungsfreiheit gedeckt. Dem Ansehen Deutschlands in Europa nützen sie eher nicht.

Arne Gericke sitzt zwar überdurchschnittlich oft im Plenum und tritt dort auch häufig ans Mikrophon, aber seine Äußerungen dort haben mit dem Programm seiner Familienpartei wenig zu tun. Wer gehofft hatte, mit Arne Gericke einen Abgeordneten in das EP gewählt zu haben, der sich dort für die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, die Einrichtung einer staatlichen Familienkasse oder das stellvertretende Wahlrecht von Eltern für ihre Kinder einsetzt, wird enttäuscht. Sein Hauptthema ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Gericke's Verbalangriffe auf Palästinenser waren dabei zum Teil von einer derartigen Unsachlichkeit, dass ihm das Tagungspräsidium mehrfach das Wort entzog. Seine Sympathiebezeugungen für den Staat Israel und dessen Bürgerinnen und Bürger zeugen von eher geringerer Regionalkunde („Es wäre mal schön, wenn Sie ... aufstellen würden, was die Palästinenser auch gegenüber den Israeliten gemacht haben“, EP 2014e). Im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten war Gericke zwar überdurchschnittlich oft anwesend, aber nur unter Durchschnitt aktiv.

Eine geringfügig bessere Bilanz kann Klaus Buchner von der ÖDP vorweisen. Auch er war ähnlich oft im Ausschuss für auswärtige Angelegenheit (AFET) wie Gericke in seinem. Aber er hat dort eine leicht höhere Wortmeldungsquote als sein Kollege von der Familienpartei. Während sich aber Gericke im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten durchaus zu sozialpolitischen Fragen zu Wort meldete, beschäftigt sich Buchner im Europäischen Parlament fast ausnahmslos programmfernen Dingen. Er ringt nicht um die Kontrolle von Banken oder das Verbot von Tabak- und Alkoholwerbung oder das Verbot von Fracking, sondern thematisiert Menschenrechtsfragen in Nahen und Mittleren Osten. Positiv interpretiert könnte man das Neuorientierung im Mandat nennen, weniger positiv: Wählertäuschung. An dieser Stelle könnte man zwar noch einwerfen, dass vermutlich auch nicht jeder Christ-, Frei- oder Sozialdemokrat jede Seite des Parteiprogramms 1:1 abarbeitet, aber bei einer so kleinen Partei fällt es eben besonders auf, wenn das eigene Programm so gut wie keine Rolle bei der Parlamentstätigkeit spielt.

Am wenigsten aktiv sind Stefan Eck von der Tierschutzpartei und Martin Sonneborn von „Die Partei“. Bei Eck können wir zumindest von ernstesten Absichten ausgehen, Sonneborn hingegen hat von Anfang an betont, dass er die EU und ihr Parlament für Unsinn hält. Während Eck aber immerhin durchschnittlich oft an den Sitzungen des Umweltausschusses teilnahm, sich dort zwar wenig, aber programmatisch einschlägig zu Wort meldete und insofern eine auffällige Aktivität zeigte, als dass er bei der Wahl des vierten stellvertretenden Ausschussvorsitzenden in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses am 7. Juli 2014 als Wahlhelfer tätig war (EP 2014f: 4), macht Sonneborn im EP im Grunde nichts. Nun werden vermutlich auch nur wenige seiner 184.709 Wähler davon ausgegangen sein, von ihm irgendeinen konstruktiven Beitrag zur Parlamentsarbeit zu sehen, aber die parlamentarische Demokratie ist vielleicht doch ein zu hohes

Gut, um sie der (mit öffentlichen Mitteln subventionierten) Satire zu überlassen. Auch wenn es sich nur um einen Abgeordneten handelt, dürfte es nicht gerade zur allgemeinen Politik- und EU-Begeisterung beitragen, wenn man konstatiert, dass ein Kandidat ohne jedes Interesse an inhaltlicher Arbeit als Trittbrettfahrer des Null-Prozent-Sperrklausel-Urteils ein Mandat bekommt, das den Steuerzahler pro Jahr mindestens etwa 160.000 EUR¹³ kostet, der aber, außer mal mehr, mal weniger originelle Videoclips aus dem EP zu senden (u.a. Spiegel TV 2014), keine weiteren Aktivitäten entfaltet.

So lautet die Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob die aufgrund der Abschaffung der Sperrklausel neu ins EP gewählten Abgeordneten der sieben Kleinparteien einen Gewinn für die Demokratie darstellen, „bestenfalls zu einem kleinen Teil“. Der größere Teil der sieben ist es nicht. Dafür sind sie entweder zu passiv oder arbeiten zu weit von dem entfernt, was sie ihren Wählern zuvor angekündigt hatten. Über alle Kriterien gesehen ist Udo Voigt der aktivste. Es bleiben aber gewisse Zweifel, ob man ihn als Gewinn für die Demokratie oder das EP ansehen kann, da seine Partei, abgesehen von den konkreten Inhalten seiner Beiträge, die dem Parlamentarismus zugrunde liegenden Werte ablehnt.

Über die unmittelbaren Befunde dieser Studie hinausgehend stellt sich die Frage, wie angemessen es noch ist, das Europäische Parlament, das sich im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr Einfluss im gesamteuropäischen Institutionengefüge erkämpft hat und dessen Entscheidungen das Leben der gut 500 Millionen EU-Bürger immer mehr beeinflussen, unter den Bedingungen von 28 verschiedenen nationalen Wahlrechtsbestimmungen zu wählen. In manchen Mitgliedsländern wird an Wochentagen, in anderen sonntags und zum Teil schon unter Kenntnis des Ergebnisses aus Nachbarländern gewählt, manche Länder wenden Sperrklauseln an, wenngleich in unterschiedlicher Höhe, manche nicht (vgl. Lange 2014 und Tabelle 2). Unter diesen Bedingungen sind Verstöße gegen Egalitäts- oder Gerechtigkeitsgrundsätze vorprogrammiert. Es würde der aufgewerteten Rolle des Europäischen Parlaments entsprechen und gleichermaßen zu mehr Qualität, Seriosität und damit verbunden auch mehr Legitimität politischer Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in der EU beitragen, ein für alle Mitgliedsländer einheitliches Wahlrecht zu erarbeiten, das auch eine Sperrklausel enthält. Sie muss nicht bei fünf Prozent liegen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Rückkehr zu einer Sperrklausel jedenfalls nicht ausgeschlossen.

¹³ Das ist nur der Mindestbetrag der Einkünfte, der sich aus dem steuerpflichtigen Grundgehalt und einer steuerfreien Pauschale ergibt. Hinzu kommen die Tage- bzw. Sitzungsgelder, auf die Sonneborn aber weitgehend verzichtet, ein möglicher Zuschuss zur Krankenversicherung und eine jährliche Mitarbeiterpauschale, die, wenn sie voll ausgeschöpft wird, 256.548 EUR pro Jahr beträgt.

Quellen

- Benedetto, Giacomo (2005). „ Rapporteurs as legislative entrepreneurs: the dynamics of the codecision procedure in Europe's Parliament “, in: Journal of European Public Policy, 12. Jg., Heft 1, S. 67-88.
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG, 2014). Drei-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht ist unter den gegenwärtigen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen verfassungswidrig.
<https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg14-014>. (zuletzt besucht am 17.02.2014).
- Der Bundeswahlleiter (2009). Europawahl am 7. Juni 2009.
http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/ (zuletzt besucht am 03.03.2015).
- Der Bundeswahlleiter (2014). Wahl zum 8. Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ (zuletzt besucht am 16.02.2015).
- Die Partei (2014). PARTEI-Programm zur EU-Wahl 2014. <http://www.die-partei.de/regierungsprogramm/> (zuletzt besucht am 10.04.2015).
- Die Welt (28.05.2014). „Die Neuen ergreifen Partei für den Ruf der Ratte“, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article128478309/Die-Neuen-ergreifen-Partei-fuer-den-Ruf-der-Ratte.html> (zuletzt besucht am 17.02.2015).
- Europäisches Parlament (ohne Jahr). Funktionsweise des Parlaments.
<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0025729351/Aufbau-und-Arbeitsweise.html> (zuletzt besucht am 04.03.2015).
- EP (2014a). Plenardebatten. Dienstag, 21. Oktober 2014. Straßburg. „16. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 – alle Einzelpläne (Aussprache)“, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20141021+ITEM-016+DOC+XML+V0//DE&language=de&query=INTERV&detail=2-436-000> (zuletzt besucht am 14.05.2015).
- EP (2014b) Plenardebatten. Mittwoch, 16. Juli 2014. Straßburg. „17. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (Aussprache)“, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20140716+ITEM-017+DOC+XML+V0//DE&language=de&query=INTERV&detail=3-346-000> (zuletzt besucht am 14.05.2015).
- EP (2014c). Rechtsausschuss. Protokoll der Sitzung vom 10. November 2014 ... und 11. November 2014. Brüssel. JURI_PV (2014)1110_1.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-541.659%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> (zuletzt besucht am 07.05.2015).

- EP (2014d). Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2014. Brüssel. LIBE _PV (2014)1211_1. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-544.354%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> (zuletzt besucht am 07.05.2015)
- EP (2014e). Plenardebatten. Mittwoch, 16. Juli 2014. Straßburg. „17. Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina (Aussprache)“. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20140716+ITEM-017+DOC+XML+V0//DE&language=de&query=INTERV&detail=3-353-000> (zuletzt besucht am 11.05.2015)
- EP (2014f). Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Protokoll der Sitzung vom 7. Juli 2014. Brüssel. ENVI_PV (2014)0707_1. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-536.147%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> (zuletzt besucht am 12.05.2015)
- EP (2015). Plenardebatten. Mittwoch, 11. Februar 2015. Straßburg. „10.17. Bericht des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika über Folterungen durch die CIA“. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20150211+ITEM-010-17+DOC+XML+V0//DE&language=de&query=INTERV&detail=3-319-000> (zuletzt besucht am 14.05.2015).
- EU (2010). Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- EU-Kommission (2013). Wie funktioniert die EU? Brüssel: Europäische Kommission.
- Familienpartei (2014). Wahlprogramm für die Wahl zum 8. Europäischen Parlament 2014. http://www.familien-partei-deutschlands.de/fileadmin/Dokumente/EU-Wahlprogramm_2014.pdf (zuletzt besucht am 10.04.2015).
- Frankfurter Allgemeine (27. Februar 2014.). „Karlsruhe: Dreiprozenthürde verfassungswidrig“, S. 1.
- Freie Wähler (2014). Europa bist Du. Misch Dich ein! Wahlprogramm Europawahl 2014. http://www.freiewaehler.eu/fileadmin/user_upload/Bundesvereinigung/Europawahl_2014/Europa_bist_Du.pdf (zuletzt besucht am 10.04.2015).
- Große Hüttmann, Martin und Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Das Europalexikon. Bonn: Dietz, hier nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Berichterstatter im Europäischen Parlament. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176711/berichterstatter-im-europaeischen-parlament> (zuletzt besucht am 06.03.2015).

- Korte, Karl-Rudolf (2010). Wahlen in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lange, Nico (2014). „Mehr Eurovision, bitte! Plädoyer für ein gesamteuropäisches Wahlrecht“, in: Die politische Meinung, 58. Jg., Nr. 528, S. 96-100.
- Neuhold, Christine und Pierpaolo Settembri (2007). „Achieving Consensus within European Parliament Committees: How does the Parliament (continue to) Manage?“, in: Morten Egeberg (Hrsg.): Institutional Dynamics and the Transformation of Executive Politics in Europe. Mannheim: Mannheim Centre for European Social Research, S. 231-261.
- NPD (2014). Europa wählt rechts. Das Europaprogramm der NPD. Berlin: NPD-Parteivorstand.
- ÖDP (2014). Kurzprogramm der ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI zur Europawahl 2014. Würzburg: ÖDP-Bundesverband.
- Piratenpartei (2014). EU-Wahlprogramm. <https://www.piratenpartei.de/archiv-abgelaufene-aktionen/grenzenlos-europa/eu-wahlprogramm-2014/> (zuletzt besucht am 10.04.2015).
- Pollak, Johannes und Peter Slominski (2012). Das politische System der EU. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Spiegel online (2014a). Europawahl: Alle Ergebnisse. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-ergebnisse-aller-laender-a-971591.html> (zuletzt besucht am 02.03.2015).
- Spiegel online (2014b). „Verfassungsgericht contra Parteien: Das Machtspiel um die Sperrklauseln“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sperrklauseln-ein-gastkommentar-von-hans-herbert-von-arnim-a-960438.html> (zuletzt besucht am 11.05.2015).
- Spiegel TV (2014). „Sonneborn in Brüssel (3)“. https://www.youtube.com/watch?v=c7_789eCod4 zuletzt besucht am 12.05.2015).
- Tierschutzpartei (2014). Europawahlprogramm: „Europa neu gestalten – mehr Demokratie und mehr Europa wagen!“ https://www.tierschutzpartei.de/wp-content/uploads/2014/05/EU-WP_16s_A4_low.pdf (zuletzt besucht am 10.04.2015).